Organ der Zentrumspartei Kreis Saarbrücken

Monatlicher Bezugspreis: Durch unsere Agenten 4,50 Frs. Mit der Post bezogen 4,50 Frs. Zeitungspreis: Die eingespaltene mm. Zeile, 40 mm. breit 0,15 Frs. Für Vereinsanzeigen 0,10 Frs., ausgenommen Saarbrücken, Saarlouis 0,30 Frs. Die 90 mm. breite Reklamezeile 0,60 Frs.

1872 Unsiquit Vive Floreat Gegründet

Tage- und Anzeigenblatt für Handel und Gewerbe

Erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen nehmen an alle Postanstalten. In Saarlouis die Geschäftsstelle, Kleiner Markt Nr. 1. Telegramm-Adresse: Saar-Zeitung. Fernsprecher: Nr. 69 Postscheck 10.

Nr. 119. Saarlouis, Donnerstag, den 5. Juni 1924. 53. Jahrgang.

Vor einem neuen Bankrott des Boschewismus?

Moskaus der Kommunismus auch bei uns in Deutschland, wie die jüngsten Reichstagswahlen zeigen, einen Riesen Umfang angenommen hat, und bannt mehrere Millionen Menschen in den Bann der Sowjets. Es ist der Bolschewismus bekannt, ist es nicht nur lehrreich, sondern auch eine unbedingte Pflicht, genauer die Entwicklung des letzteren zu verfolgen und daraus die entsprechenden warnenden Schlüsse zu ziehen. Wir wissen, daß der erste Kommunismus in Rußland schon in kürzester Zeit Bankrott gemacht hat. Um um die Wirklichkeit nicht ganz zu den Augen verbrechen zu lassen und noch mehr Millionen einem grenzenlosen Elend zu ayfern, als ihr bereits verfallen waren, „beschlossen Lenin und Genossen, zu Beginn des Jahres 1921 einen Schwenk zum Sozialismus, zum Kapitalismus überzugehen, das sie „Neue" gleich Neue Wirtschaftspolitik nannten.

Da wurde die russische Wirtschaft unter eine Art Gesetzgebung gestellt, die sich in Wirklichkeit als Gesetzlosigkeit ohne Gleichs. Sie begann, sich vom sozialistischen Verfall wieder etwas zu erholen. Die „Neue Wirtschaftspolitik" hat die Produktivität der Landwirtschaft zum Teil wieder hergestellt und auch den Handwerkern und Heimarbeitern gewisse Vorteile gebracht. Aber die Industrie Industrie, die fast nichts zu den Gebieten des Landes verdient, ist in ihrer Entwicklung fast zurückgeblieben. Während die Landwirtschaft bereits 65 bis 70 Prozent der Produktion der Vorkriegszeit erreicht hat, hat die Industrie erst rund 16 bis 17 Prozent des Umfangs der Vorkriegsproduktion. Auch die großen Konzessionen an den ausländischen Kapitalisten haben nur einen geringen Umfang und die gesamte politische Situation hat ein sprunghafteres Aussehen der privaten und staatlichen Wirtschaft im Kleinen erhalten. Gewiß haben sich die Sowjets bemüht, die Arbeiter zu auch in der Industrie ein langsamer Aufstieg, aber im letzten Halbjahr stagniert die gesamte Wirtschaftsentwicklung.

Da nun die Sanierung im Zeichen der „Neuen" nicht schnell genug geht, schreien die russischen Genossen: eine neue Revolution ist fällig! Es wird wieder ein Versuch mit Neuerungen unternommen zu wollen. Nach Mitteilungen der jüdischen Telegraphenagentur „Jüdischen Telegraf" (1924, 129) nimmt Lenin Urlaub und die neue Regierung wird ohne Lenin gebildet sein. Die Polizei und die Wirtschaftsorgane gehen immer heftiger gegen die Handelsfreiheit vor; die Konzessionen an die Ausländer werden immer ungünstiger bewertet und eine der bedeutendsten Konzessionen ist bereits wieder Lenin. Die Wirtschaft ist liquidiert und der Vertrag aufgehoben worden. Der Kurs Trend wird gegen auf die privaten Handelsgesellschaften. Die Kaufleute bilden jene Gruppe, die neue Gesetze, die sich unter der „Neuen Wirtschaftspolitik", die vor allem den freien Handel proklamiert hatte, so ziemlich selbst entwickelt. Die Folge war eine Belebung gewisser Zweige der Wirtschaft, zugleich aber auch eine schnelle Bereicherung der geschickten und erfolgreichen Kaufleute. Gegen diese Kaufleute richten sich nun die neuen Maßnahmen der Gesetzgebung und der Polizei.

Nicht nur der Großhandel, sondern auch die Kleinhändler sollen Kontrolle bereits in der ersten Hälfte des Jahres 1924 zu spüren. Wie in den ersten Jahren der „reinen Kommunismus" tauchen utopische Vorlesungen auf die Wirksamkeit einer Bewegung Kontrolle und der Regierung der Handlerpolizei aus. Das System der Schöpfung wird wiederhergestellt. Auch die naive Hoffnung taucht wieder auf, daß die Kaufleute bereits in der Lage sein sollen, Waren aus Privatbesitz erlangen können. Von höhere Stellen ist es ernstlich, ob den Genossenschaften vorgeschrieben worden, ihre Waren billiger als im Privathandel zu verkaufen. Auf politischer Ebene wird die Frage diskutiert, ob die Wirtschaftspolitik naturgemäß durch verschärfte Repressionen ersetzt. Die Rede der „Politischen Staatsverwaltung" hat bedeutsam erwähnt, wird machen: sie hat man wieder die Wahrheit, Erschwerungen vornehmen zu lassen, und ist im unerklärten zum Sieger der früheren Tschekas zurückgekehrt. Eine Reihe politischer Prozesse gegen russischen Bischöfen hat seit Fällung von Todesurteilen gemacht.

Und wie wird der Erfolg dieser neuesten Schwenkung des Bolschewismus sein? Das eine gewinnen sozialistischer Blätter Wirklichkeit: „Die neue Politik der Sowjetregierung führt mit absoluter Notwendigkeit zur Verschlechterung der ökonomischen Schichten. Die gesamte Unzufriedenheit in den Arbeitermassen wird unvermeidlich einen Ausweg finden, und eine neue Periode der Reisen wird nicht auf politischem, sondern auch auf wirtschaftlichem Gebiet wird an die Stelle der verstaatlichen Wirtschaft der letzten Jahre treten."

Die Massen aber werden in erster Linie die Jeder der, daß sie ihre Experimentierfreudigkeit bezahlen. Da die „Bastlern" Kommunisten bald merken werden, daß sie über die kritische Wirtschaft das gleiche Unheil bringen wird, wenn sie den Versuch der Moskauer folgen und auf den Trümmern der deutschen Wirtschaft ein Sowjetsystem aufrichten wollten? Je mehr sich der Bolschewismus in seinen verschiedenen Phasen erschöpft, um so mehr hoffe es aus allem auch die Aufgabe der gesamten Gewerkschaftler bei den Ergebnisse dieser Gesetzgebung und um das Verbot Kommunistische Volk zu tragen.

Die Regierungserklärung des neuen Kabinetts.

Die deutsche Regierungsbildung

ff. Berlin, 4. Juni. Der Reichspräsident hat den bisherigen Reichskanzler Dr. Marx und auf Vorschlag des Reichskanzlers und die bisherigen Reichsminister in ihren Ämtern bestätigt.

Die Regierungserklärung des neuen Kabinetts.

wtb. Berlin, 4. Juni. Um 5 Uhr nachmittags erteilte Reichspräsident Wallraf den Reichskanzler Dr. Marx das Wort. Der Reichskanzler führte aus: Meine Damen und Herren! Ich habe die Ehre, den neugebildeten Reichstag die Reichsregierung vorzustellen. Der Reichspräsident hat alle Mitglieder der bisherigen Regierung in ihren Ämtern bestätigt. Die Schwierigkeiten des Kabinetts haben ihren tiefsten Grund in der außenpolitischen Lage des Reiches. Seit Jahren hebt die deutsche Politik unter dem Druck der Nachkriegszeit, vor allem jetzt, da das Gutachtenübereinkommen die beherrschende Frage der großen internationalen Politik ist. Für Deutschland ist es eine Lebensfrage. Die Lage unserer Wirtschaft ist trostlos. Einen Ausweg hat die Regierung in Sachverständigengutachten. Die jetzige Reichsregierung wird die Vorarbeiten zur Durchführung fortsetzen. Aufgabe der Organisationskommissionen für die Gutachtenfrage, die Reichsministerien und die Industrieobligationen wird es sein, die in dem Gutachten vorhandenen Vorschläge auszuführen. Die Reichsregierung wird die Gesetzentwürfe über diese Materie den gesetzgebenden Körperschaften vorlegen. Das Gutachten kann nach Ansicht der Sachverständigen nur als Ganzes angenommen oder verworfen werden. Die Reichsregierung wird die Konsequenzen ziehen. Die Reichsregierung wird die Gesetzentwürfe über diese Materie den gesetzgebenden Körperschaften vorlegen. Das Gutachten kann nach Ansicht der Sachverständigen nur als Ganzes angenommen oder verworfen werden. Die Reichsregierung wird die Konsequenzen ziehen. Die Reichsregierung wird die Vorarbeiten zur Durchführung fortsetzen. Aufgabe der Organisationskommissionen für die Gutachtenfrage, die Reichsministerien und die Industrieobligationen wird es sein, die in dem Gutachten vorhandenen Vorschläge auszuführ